Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12 - 1 Uhr. Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Freitag, den 1. Dezember 1882. Nr. 562.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

11. Sitzung vom 30. November.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um $11^1/_4$ Uhr.

Am Ministertische: Dr. Friedberg und mehrere Regierungskommissare.

Der Präsident theilt dem Hause den gestern in seiner Heimath erfolgten Tod des Abgeordneten Schiebler (Baumschulenbesitzer in Celle) mit. Das Haus ehrt das Gedächtniß an den Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung des Etats der Justizverwaltung.

Bei Tit. 3 der Einnahmen verweist der Abg. Dr. Köhler (Göttingen) auf die vielfachen Verhandlungen, welche geführt worden sind, um den Strafvollzug in eine Hand zu bringen. Gegenwärtig ressortire ein Theil der Zuchthäuser und Gefängnisse vom Minister des Innern, ein anderer Theil vom Justizminister. Der Antheil der Gefangenen an ihrem Verdienst betrage in den Gefängnissen, welche vom Justizminister ressortiren, $^1/_3$, in den Gefängnissen unter dem Minister des Innern nur $^1/_6$. Er richte deshalb an den Justizminister die Bitte, dahin zu wirken, daß die Gefängnißverwaltung dem Justizministerium unterstellt werde, die Zuchthäuser könne das Ministerium des Innern behalten.

Der Justizminister Dr. Friedberg erwidert, daß die angeregte Frage in Preußen seit 35 Jahren hin und her geworfen und nicht zum Abschluß gekommen sei. Im Reiche sei die Frage gerade ebenso kontrovers, und er sei daher gegenwärtig gar nicht in der Lage, die Verhandlungen mit dem Minister des Innern darüber wieder aufzunehmen. Vielleicht gelinge es im Reiche, die Frage zu einem befriedigenden Austrag zu bringen.

Abg. Strosser bezeichnet den Antheil der Gefangenen an dem Verdienste von $^1/_3$ für viel zu hoch in Anbetracht des Umstandes, daß der Staat die ganzen Unterhaltungskosten der Gefangenen tragen müsse. Man solle den Gefangenen nur so viel geben, als zur Anreizung ihrer Arbeitslust nöthig sei. Redner plaidirt alsdann für eine bessere Besoldung der Gefängnißbeamten, namentlich aber für eine entsprechende Vermehrung der Zahl der Beamten.

Der Justizminister Dr. Friedberg glaubt, daß der Vorredner seine Bemerkungen bezüglich des Arbeitsverdienstes der Gefangenen an die Adresse des Ministers des Innern hätte richten und von diesem verlangen sollen, daß er den Arbeitsverdienst erhöhe, um den Ausgleich zwischen beiden Ressorts herbeizuführen, sowie auch seine übrigen Bemerkungen über den Dienst der Beamten in den Zuchthäusern 2c. nur das Ministerium des Innern angingen.

Der Regierungskommissar Geheimer Justizrath Starke legt demnächst die Gesichtspunkte näher dar, von denen die Justizverwaltung bei der Bemessung des Arbeitsverdienstes in den Gefängnissen und Zuchthäusern ausgehe. Beide Strafarten bestehen in Freiheitsentziehung, die Zuchthausstrafe solle die schärfere sein und könne sich somit von der Gefängnißstrafe nur durch den geringeren Arbeitsverdienst unterscheiden. Der Kommissar rechtfertigt alsdann die Ertheilung der Gratifikationen an die Gefängnißbeamten durch den Hinweis darauf, daß sie schlechter gestellt seien als andere Beamte.

Abg. Dr. Köhler (Göttingen) weist darauf hin, daß in den Gefängnissen und Strafanstalten gegenwärtig die Humanität so weit getrieben werde, daß man den Gefangenen z. B. an Stelle der Strohsäcke Matratzen gegeben habe.

Der Regierungskommissar Starke erwidert, daß dies vom Standpunkte der vorsichtigen Finanzwirthschaft aus geschehen sei.

Abg. Dr. Windthorst ist der Ansicht, daß die Angelegenheiten in der Hand des Justizministers liegen müßten, nicht in der Hand des Ministers des Innern, und dies hätte sehr wohl herbeigeführt werden können, ohne die Gesetzgebung des Reiches anzurufen, aber es scheine im Justizministerium keine große Neigung vorhanden zu sein, die Mehrarbeit zu übernehmen. Er bittet deshalb den gegenwärtigen Justizminister, die Sache recht ernst in die Hand nehmen zu wollen. Redner führt alsdann weiter aus, daß die Humanität nicht mit Strohsäcken erledigt werden könne (Heiterkeit), verweist vielmehr darauf, daß es z. B. mit dem religiösen Zuspruch in den Gefängnissen noch sehr schlecht aussehe.

Abg. Strosser erwidert dem Regierungskommissar, daß er in der Strafanstalt Münster Strohsäcke seit 34 Jahren finden werde, welche allen Anforderungen der Reinlichkeit vollkommen entsprächen. Redner behauptet, der Strafvollzug befinde sich besser in den Händen der Verwaltung des Innern, als der Justiz, denn man habe in neuester Zeit der Justiz sogar zum Schaden des Publikums die Kassen abgenommen, weil man der Ansicht sei, daß dieselbe sich zur Verwaltung nicht eigne. Mangel an Seelsorge sei in den Gefängnissen nicht vorhanden, es werde für geistige und sittliche Besserung der Gefangenen ausreichend gesorgt. Auf dem Gebiete der Disziplin kenne er keine Humanität.

Die Abgg. Wessel und Seehusen tadeln die übergroße Humanität, mit welcher die Gefangenen behandelt würden; in den westlichen Theilen der Monarchie hätten es die Gefangenen weit besser, als die freien Arbeiter.

Der Regierungskommissar Starke erwidert, daß es Aufgabe der Verwaltung sei, eine rationelle Nahrung für die Gefangenen zu beschaffen, um dieselben in einem leidlich gesunden Zustand zu erhalten. Was der freie Arbeiter hat, der Gefangene aber nicht, das sei die Bewegung in frischer und freier Luft.

Die Diskussion wird geschlossen, und Titel 3 (Antheil an dem Arbeitsverdienst der gerichtlichen Gefangenen 789,300 Mark) bewilligt.

Nach Bewilligung der Einnahmen wird die Berathung vertagt.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. (Fortsetzung der Etatsberathung.)

Schluß $1^1/_2$ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 30. November. Nach der Stellung, welche die Fraktionen des Reichstages zu dem Antrage der Abgg. Germain, Winterer und Genossen, betreffend die Zulassung der französischen Sprache in den Sitzungen des elsaß-lothringischen Landesausschusses, einnehmen, dürfte dieser Antrag, so berichtet man aus dem Reichstag, wenn auch mit keiner großen Mehrheit, in dritter Berathung abgelehnt werden. Die beiden konservativen Fraktionen und die Nationalliberalen stimmen geschlossen, die liberale Vereinigung in ihrer überwiegenden Mehrheit gegen den Antrag; die Fortschrittspartei wird getheilt stimmen; das Zentrum hat noch keine Fraktionssitzung abgehalten. Dasselbe dürfte jedoch fest geschlossen für den Antrag votiren, für welchen auch die Volkspartei, die Elsaß-Lothringer und die Polen eintreten werden.

— Die „Germania" bringt folgenden Auszug aus der Note, welche der päpstliche Staatssekretär Kardinal Jacobini in der wiederholt erwähnten Affaire Martinucci unterm 11. September an die päpstlichen Nuntien gerichtet hat:

Das von dem römischen Zivilgerichte gefällte Urtheil ist ein neuer Beweis für die Unzulänglichkeit des Garantiegesetzes, auf die der h. Stuhl stets hingewiesen hat.

Dieses Gesetz ist ein Spiel mit Worten und ein Widerspruch in sich selbst, denn thatsächlich wird darin dem Papst die Immunität bestritten, die man zu garantiren vorgiebt.

Die in der Affaire Martinucci aufgetauchte Frage ist keine blos juristische, sondern vor Allem eine wesentlich politische und internationale. Die Frage reduzirt sich darauf, ob der souveräne Papst und seine Minister der Zivilbehörde Roms unterstehen.

Die Lage des Papstes kann mit den depossedirten Fürsten nicht verglichen werden. Der Papst ist ein Souverän nicht nur de jure, sondern de facto, weil er thatsächlich seine Souveränetät ausübt. Die Staaten erkennen diese Souveränetät durch Akkreditirung der Gesandten bei dem heil. Stuhle an.

Nun ist die absolute Immunität der Residenz das wesentliche Attribut der Souveränetät. Wenn dem Papste diese Immunität nicht zusteht, so steht er niedriger, als die bei ihm akkreditirten Gesandten, denn diese unterstehen weder den Lokalgerichten, noch auch den Zivilbehörden.

Diese Prärogative des Papstes muß sich nothwendiger Weise auch auf seine Minister erstrecken, denn diese hängen nur von ihm ab und sind in seinem Namen thätig. Jede fremde Einmischung würde auf den Papst selbst zurückfallen und seine Unabhängigkeit vernichten.

Dieser Schluß ist so zwingend, daß der Advokat des Klägers die Schwierigkeit wohl begriffen hat, und die Richter sahen sich gezwungen, sich auf den absurden und skandalösen Satz zu stützen, daß der Papst den Tribunalen des Königreichs unterworfen sei.

Der Vergleich mit dem königlichen Hause, das auch den Gerichten in den Personen der Hofverwaltung unterstehe, ist absurd, denn in diesem Falle sind die Richter von dem König und nicht von einem fremden Souverän ernannt. Ebenso absurd ist der Einwurf, daß sonst der Lauf der Gerechtigkeit gehemmt sei, denn die Sachen des Vatikans können von eigenen Gerichten abgeurtheilt werden.

Das Alles wird durch die Geschichte der letzten 12 Jahre bestätigt. Seit 1870 wurde der Bereich des Vatikans von den Eroberern respektirt und der Papst fuhr fort, dort alle Rechte auszuüben, welche er vor dem 20. September besessen. Er blieb von Rechtswegen der Souverän Roms und aller päpstlichen Staaten und von Rechtswegen, wie auch de facto Souverän in dem Bereiche des Vatikans, der während der 12 Jahre niemals verletzt wurde, allerdings nicht in Folge der Rücksichtnahme der Regierung, sondern wegen des bewaffneten Widerstandes, wegen des Protestes des legitimen Herrschers, wegen des Veto von ganz Europa und namentlich wegen der gefürchteten Drohung mit der Abreise des Papstes, die, ausgeführt, die Existenz des jungen Staates kompromittiren würde. Das internationale Recht kennt aber keine Ausübung der Jurisdiktion auf nicht okkupirtem Terrain.

Das am 19. Dezember 1870 vertheilte Grünbuch beweist, welche Bewegung die Annexion Roms hervorgerufen hatte. Welchen Eindruck würde auf die katholische Welt es erst gemacht haben, wenn der exilirte und beraubte Papst nach Frankreich oder Deutschland übergesiedelt wäre.

Deshalb bezeichnete der Minister des Aeußern den Entschluß des Papstes, in Rom zu bleiben, als einen günstigen, und um die Katholiken und die Fürsten zu beruhigen, versprach er vollwiegende Garantie für die Unabhängigkeit, Sicherheit und Würde des Papstes und erklärte nach dem Plebiszit in der Note vom 16. Oktober 1870, daß den päpstlichen Palästen das Privilegium der Exterritorialität zustehen solle.

Allerdings wurden die Versprechen schlecht gehalten. Man braucht nur an das Garantiegesetz zu erinnern, das unter dem Scheine der Souveränetät die Unterdrückung und Erniedrigung des Papstes verbarg. Der Papst wurde unablässig während der zwölf Jahre beleidigt, indem man ihn dem Volke als den Feind des Vaterlandes denunzirte, und wer gedenkt nicht der wilden Szenen bei dem Leichenbegängniß Pius IX., deren Urheber in einem diplomatischen Dokument „edle Patrioten" genannt worden sind.

Aber bis dahin erhob man wenigstens nicht den absurden Anspruch, im Namen des Königs eine formelle Jurisdiktion auf dem Territorium und über die Bewohner des Vatikans auszuüben. Das Urtheil des Gerichts ist eine Verletzung des Bereichs des Vatikans und eine Beleidigung nicht nur für die Minister, sondern für die geheiligte Person des Papstes, weil darin die Intention ausgedrückt ist, den Papst als Unterthan des Königs und als der Jurisdiktion der gewöhnlichen Gerichte unterstellt zu behandeln.

Dieses Urtheil macht die Lage des Papstes im Innern seiner Residenz noch schwieriger, denn die Einmischung bereitet einer guten Verwaltung Hindernisse.

Die Verletzung der Immunität des apostolischen Palastes ist eine moralische Bresche in die Mauern des Vatikans und macht die Lage des Papstes unerträglicher als jemals.

In Folge dessen macht der Kardinal-Staatssekretär im Auftrage des Papstes Mittheilung von dieser neuen Beleidigung, er legt Protest ein gegen die Verletzung der Immunitäten und souveränen Rechte und macht die Regierung für alle Folgen verantwortlich.

— Wenn auch die jüngsten Nachrichten über das Hochwasser etwas tröstlicher lauten, so ist doch, wie das neuerdings wieder eingetretene Steigen des Main bei Frankfurt beweist, die Gefahr noch nicht vollständig vorüber; lange Zeit aber wird es dauern, bis sich die Fluthen, welche jetzt ganze Städte eingeschlossen haben und die Felder meterhoch bedecken, vollständig verlaufen haben. Die unbemittelte Bevölkerung am Rhein und Main geht einem recht trüben Winter entgegen; ihre Habe ist größtentheils verloren und die Aussicht auf Verdienst gering. Sache des Staates wird es in erster Linie sein, helfend einzutreten und man darf aus der Reise des Ministers des Innern den Schluß ziehen, daß der Staat dieser seiner Pflicht voll und ganz gerecht werden wird. Um auch dem Einzelnen Gelegenheit zu geben, nach Kräften an der Linderung der Noth mitzuarbeiten, haben sich bereits in verschiedenen, vom Hochwasser betroffenen Gegenden Komitees gebildet, welche Gaben annehmen und für zweckmäßige Verwendung Sorge tragen wollen. Im Folgenden stellen wir die wesentlichsten Berichte über die Wassersnoth zusammen.

In der südlichen Stadthälfte von Köln steht das Wasser in der Nähe des Altenmarktes bis zur Kirche St. Martin, am Heumarkt reicht es bis zur Rückseite des Viktoria-Hotels und die Kirche St. Maria an Lyskirchen kann nicht mehr betreten werden. Am Filzengraben reicht die Ueberschwemmung bis zur evangelischen Kirche, in der großen Witschgasse und der Rheinaustraße bis beinahe zur Weberstraße und in der Rosenstraße bis zum Sionsthale. Der Bayenthurm ist gänzlich von dem übrigen festen Lande abgeschnitten, außerhalb des Severinsthores reicht hinter den im Abbruch befindlichen Festungswerken das Wasser an einigen Stellen bis zur Brunnerstraße. Im zoologischen Garten ist das Wasser um 20 Zentimeter gefallen. Die Bemühungen, noch weitere Thiere aus den von der Fluth heimgesuchten Gelassen zu befreien, sind nicht von allzu großem Erfolge belohnt worden. Umgekommen sind bis jetzt ein Hirsch, eine prachtvolle Antilope, Wölfe, Füchse, Schakale, Prairiehunde und verschiedene andere. Eine wilde Katze, welche in einen Weidenkorb gesetzt und mit diesem in das gleich Eingangs des Gartens befindliche Vogelhaus gebracht worden war, hat sich aus dem Korbe befreit und drei der schönsten Papageien, einen Kasuar und einen Strauß getödtet.

In Deutz steigt die Fluth noch und überschwemmt die ganze Stadt mit Ausnahme weniger hochgelegenen Punkte. Gestern früh um 4 Uhr wich der zwischen Mülheim und Kalk errichtete Damm plötzlich dem gegen ihn gerichteten gewaltigen Druck der Fluthen. Diese wandten sich nach Kalk zu und überschwemmten die Stadt, zugleich strömte das Wasser in Deutz hinein und verursachte dort in kurzer Zeit ein Steigen des nassen Elements um mehr als einen Fuß.

Dem Briefe einer Lehrerin entnimmt die „K. Ztg." folgende Mittheilungen: Fast ganz Neuwied steht unter Wasser; mindestens 100 Kähne fahren durch die ganze Stadt, um den Einwohnern die nöthigen Lebensmittel zuzuführen; das Trinkwasser wird mit 20 Pf. der Eimer bezahlt; der Fürst fährt durch die Stadt und wirft Brod in die nur noch sichtbaren oberen Stockwerke der Häuser; die Noth ist groß.

In Frankfurt hat sich die Lage etwas gebessert. Bezüglich der Risse an der Obermainbrücke wurde konstatirt, daß sich schon früher an dieser Stelle kleine Risse befunden hatten, durch das Hochwasser sollen sie sich allerdings erweitert haben. Die Breite der Risse schwankt zwischen 2 bis 2,5 Zentimeter.

In Düsseldorf konnte keine Sitzung der Stadtverordneten stattfinden, da das Rathhaus unzugänglich ist. In den überschwemmten Stadttheilen fehlt es an Trink- und Kochwasser. Die Brunnen sind dort durch das Steigen des Grundwassers und der Senken förmlich vergiftet, so daß schon Krankheiten genug seit 3 Tagen vorgekommen sind.

Aus Mainz wird berichtet, daß von Nackenheim bis Laubenheim das ganze Land mehrere Meter tief unter Wasser steht.

Der Bruch des Weserdeichs bei Barme-Wienbergen giebt nach der „Weser-Ztg." noch nicht gerade Anlaß zu direkten Besorgnissen für Bremen, welches durch die Ochtumdeiche genügend geschützt ist. Das Dorf Wienbergen, in dessen Nähe der Bruch geschah, ist aber total überschwemmt; die angerichteten Verheerungen sind bedeutend.

Die neuesten Telegramme melden:

Mainz, 30. November. Der Rhein ist unbedeutend gefallen. In Bodenheim sind mehrere Häuser eingestürzt, ein Verlust an Menschenleben ist

nicht zu beklagen. Der Postverkehr ist mit Ausschluß der Packetbeförderung wieder eröffnet; die nächste von hier zu erreichende Eisenbahnstation ist Nackenheim.

Köln, 30. November. Bei Tagesanbruch war das Wasser des Rhein auf 897 Ztm. gefallen, das Wasser ist ziemlich klar. Der Wasserstand beträgt bei Bingerbrück 560 Ztm. und bei Koblenz 787 Zentimeter.

Frankfurt a. M., 30. November. Nachdem der Main gestern Nachmittag 5 Uhr bis auf 552 Ztm. gestiegen war, hielt sich der Wasserstand bis 10 Uhr Abends auf dieser Höhe. Hierauf fiel das Wasser erst langsam und dann successive schneller; heute früh 9 Uhr betrug der Wasserstand 529 Zentimeter. Das Wasser fällt gegenwärtig durchschnittlich 3 Ztm. per Stunde.

— Ein Berliner Korrespondent des „Westfäl. Merk." meint, die jüngste energische Zurückweisung der Ausfälle des Herrn Windthorst gegen die Falk'sche Gesetzgebung durch Herrn v. Puttkamer sei die Quittung über das Verhalten des Zentrums in der lauenburgischen Angelegenheit gewesen.

— Angesichts der furchtbaren Ueberschwemmungen, durch welche namentlich der Westen und Südwesten Deutschlands augenblicklich heimgesucht ist, gewinnt die soeben von Minister Lucius dem Abgeordnetenhause übersandte Denkschrift, betreffend die Flußregulirungen im Interesse der Landeskultur, erhöhtes Interesse. Es wird am Schlusse der Denkschrift, nachdem die Situation in den einzelnen Provinzen eingehend erörtert worden ist, mitgetheilt, daß die ungewöhnlich starken Regengüsse in den Sommermonaten dieses Jahres dem Minister Veranlassung gegeben haben, die Berichte sämmtlicher Meliorations-Bauinspektoren über die in den einzelnen Landestheilen eingetretenen Ueberschwemmungsschäden einzuziehen. Es ergiebt sich daraus, daß der in diesem Jahre vornehmlich durch den Verlust der Erträge der Heu- und Grummeternte veranlaßte direkte Ueberschwemmungsschaden insgesammt eine sehr beträchtliche Höhe erreicht hat; auch ist der Nachweis erbracht, daß dieser Schaden bei einer pfleglichen Behandlung der Flußläufe zum großen Theil hätte abgewandt werden können. Es liegt daher auch in den Vorgängen dieses Jahres eine dringende Aufforderung, unseren Flußläufen, vornehmlich in ihrer mittleren Erstreckung größere Sorgfalt zu widmen.

— Der Herr **Bischof von Metz** hat die Anordnung getroffen, daß an Sonn- und Feiertagen Morgens 8 Uhr in sämmtlichen Pfarrkirchen von Metz ein Hochamt nebst deutscher Predigt abgehalten werde. Das bezügliche Rundschreiben an die Stadtpfarrer von Metz lautet:

„Herr Pfarrer!

Die katholische deutschredende Bevölkerung der Stadt Metz hat in den letzten Zeiten ununterbrochen so bedeutend zugenommen, daß die vor einigen Jahren getroffenen Maßregeln, um die Erfüllung der religiösen Pflichten zu erleichtern, offenbar nicht mehr ausreichen. Deshalb habe ich mich verpflichtet gefühlt, im Einverständniß mit Ihnen noch wirksamere Mittel aufzusuchen, um den Bewohnern dieser Stadt, welche der französischen Sprache nicht mächtig sind, alle jene Hilfsquellen der Religion zugänglich zu machen, zu denen sie berechtigt sind. Die Maßregel nun, welche uns zur Erreichung dieses Zweckes am geeignetsten erschien und die wir deshalb definitiv festgestellt haben, besteht darin, einen besonderen Gottesdienst in jeder der hiesigen Pfarrkirchen an allen Sonn- und Feiertagen einzurichten. Dieser Gottesdienst soll bestehen in einem um 5 Uhr abzuhaltenden Hochamt oder einer Messe, bei welcher Lieder gesungen werden, verbunden mit einer Anrede in deutscher Sprache. Es kann dabei eine Kollekte gesammelt werden, um die Kultuskosten zu bestreiten, aber die Plätze sollen frei sein. Diese Anordnungen treten in Kraft am ersten Advent-Sonntage, von demselben Tage an wird das Hochamt in der St. Clemenskirche aufhören. Jedoch ist es unsere Absicht, daß die deutsche Predigt, welche seit so vielen Jahren um $1^1/_2$ Uhr in der Kathedrale gehalten wird und die bis jetzt so gute Früchte getragen hat, fortdauere. Ich verkenne nicht, Herr Pfarrer, die Schwierigkeiten, welche namentlich in den ersten Zeiten durch die Einrichtung eines doppelten Gottesdienstes in den Pfarrkirchen entstehen werden, aber ich weiß auch, wie sehr ich auf Ihre opferwillige Mitwirkung rechnen darf, um diese Hindernisse zu überwinden und den Erfolg dieser neuen Ordnung, die wir gemeinschaftlich festgesetzt haben, zu sichern. Handelt es sich nicht in der That darum, den Glauben zu erhalten und das Heil zu sichern für eine große Anzahl von Seelen, über welche einst von uns wird Rechenschaft gefordert werden von dem Herrn, welcher sie um den Preis seines Blutes erkauft hat? Und sollen wir nicht von denselben Gefühlen des Eifers durchdrungen sein, welche den großen Apostel beseelten, sollen wir nicht mit ihm ausrufen: Omnibus debitor sum, ich bin Allen Schuldner? Uebrigens wende ich mich dann auch an die deutschsprechenden Gläubigen, welche die Vorsehung meiner väterlichen Fürsorge anvertraut hat und ermahne sie, diese neuen Mittel zu ihrer Vervollkommnung und zu ihrem Heile gut zu benützen. Mögen sie hierfür zeigen, daß sie von einer aufrichtigen Anhänglichkeit an ihre Pfarrei, an ihre Kirche, an ihren Seelsorger durchdrungen sind; mögen sie ihren Hirten immer besser kennen und von ihm immer besser gekannt sein; mögen sie fleißig ihre Zuflucht zu ihm nehmen in allen ihren geistlichen Bedürfnissen, in Bezug auf den Krankenbesuch, Empfang der heiligen Sakramente, Abschließung der Ehe, religiösen Unterricht und erste Kommunion ihrer Kinder; mit einem Wort, sie mögen sich angelegen sein lassen, mit Pünktlichkeit alle durch die Religion vorgeschriebenen Pflichten zu erfüllen, weil ihnen ja nun nichts mehr fehlen wird, um ein wahrhaft christliches Leben führen zu können. Ich wünsche, daß dieser Brief am Sonntag, den 26. November, von der Kanzel verlesen werde. Genehmigen Sie die wiederholte Versicherung meines Wohlwollens im Herrn.

† **Paulus**, Bischof von Metz."

— Die Wichtigkeit des Beschlusses, welchen die Fortschrittspartei hinsichtlich des Zusammengehens der liberalen Fraktionen gefaßt hat, wird auch ohne Kommentar einleuchten. Man ersieht, daß die Stimmen, welche so schnell bei der Hand waren, sich in absprechender Weise über die von der Liberalen Vereinigung gegebene Anregung auszusprechen, nicht die Ansichten der Fortschrittspartei repräsentirten, sondern rein individuelle Anschauungen zum Ausdruck brachten. Uns würde es ebenso wenig anstehen, als es unseren Neigungen entspricht, in einen Ton des Triumphes zu verfallen. Auf dem Wege, den wir beschritten haben, die in der liberalen Partei zersplitterten Kräfte zu gemeinsamem Thun zusammenzufassen, kann jeder Erfolg, den wir erringen, uns nur ein Sporn sein, unsere Bemühungen zu verdoppeln. Eines glauben wir hoffen zu dürfen: dasjenige Drittheil der Fortschrittspartei, welches aus irgend welchen Gründen dem Antrage widerstrebt hat, wird die Opposition, die es gegen den **Antrag** machte, gegen den **Beschluß** nicht fortsetzen, sondern sich ohne Vorbehalt auf den neu gewonnenen Boden stellen.

Ausland.

Paris, 29. November. Fürst Hohenlohe und Fürst Orlow wie die meisten Missionschefs fuhren heute bei Gambettas hiesiger Wohnung vor, erkundigten sich persönlich nach dessen Befinden und hinterlegten ihre Karten. Der Zustand Gambettas ist nach den letzten Nachrichten ein guter. Die mannigfachen Gerüchte über die Ursache des Unfalls sind tendenziöse Erfindungen.

General Menabrea wird erst Mitte Dezember seine Kreditive hier überreichen.

Provinzielles.

Stettin, 1. Dezember. **Polytechnische Gesellschaft.** Sitzung vom 24. November. Herr **Koppen** eröffnet die Sitzung. Im Fragekasten fand sich die Frage: Ist durch chemische Untersuchungen festzustellen, ob Berger Medizinal-Leberthran mit fremden Stoffen, z. B. mit Leinöl vermischt ist? — Herr **Sauer** hielt darauf einen Vortrag über Thermometrie. Zur Bestimmung der Temperatur sind die gebräuchlichen Quecksilberthermometer aus Glas angefertigt am meisten im Gebrauch. Doch giebt es viele Fälle, wo sie nicht mehr verwendbar sind, z. B. dann, wenn sehr hohe oder sehr niedrige Wärmegrade oder sehr kleine Temperaturdifferenzen bestimmt werden sollen. Zur Bestimmung sehr hoher Temperaturen wendet man sogenannte Pyrometer an. Dergleichen Instrumente sind schon manche seit langer Zeit bekannt, z. B. das Pyrometer von Wedgeward, das auf der Eigenschaft des Thons beruht, in der Hitze mehr und mehr zusammenzutreten. Zuverlässige Angaben erhielt man aber nur mit Hülfe des Luftthermometers, das zur Bestimmung sehr hoher Temperaturen aus Platin konstruirt werden muß und dessen Anwendung sehr umständlich ist. Die Erfindungen der Neuzeit zeigen nun das Bestreben, die verschiedenartigsten physikalischen und chemischen Eigenschaften der Körper in mannigfaltiger Weise der Technik dienstbar zu machen. Besonders ist es ja die Elektrizität, welche immer ausgedehntere Verwendung findet und so auch schon vor mehreren Jahren William Siemens ein Mittel an die Hand gab, ein bequemes Pyrometer zu konstruiren. Die Wirkung eines elektrischen Stromes auf einen Galvanometer oder Voltameter hängt von verschiedenen Umständen ab. Sie wächst zunächst mit der Zunahme der elektromotorischen Kraft und nimmt ab mit der Vermehrung des Widerstandes in dem Schließungkreis. Dieser Widerstand kann nun auf sehr verschiedene Art verändert werden. Es zeigt sich nun, daß eine Erhöhung der Temperatur im Leitungsdraht den Widerstand vermehrt. Man ist also im Stande, aus der größeren oder geringeren Vermehrung des Widerstandes, also aus der größeren oder geringeren Abnahme der elektrischen Wirkung auf eine Veränderung der Temperatur zu schließen. Dieser Gedanke liegt dem Pyrometer von William Siemens zu Grunde. Derselbe bringt an einer Stelle des Leitungsdrahtes eine Platinspirale an, die in den Raum gebracht wird, dessen Temperatur bestimmt werden soll. Aus der Menge des entwickelten Knallgases im eingeschalteten Voltameter und mit Hülfe einer für allemal festgestellten Formel kann man dann die Temperatur berechnen. In neuerer Zeit haben Siemens und Halske ein Pyrometer konstruirt, mit dem man Temperaturen bis zu 600 Grad bestimmen kann. Dieser Apparat beruht auf der Erzeugung thermoelektrischer Ströme. Der Vortragende erläuterte kurz das Wesen der thermoelektrischen Erscheinungen und des Thermoskops, wie sie von Sebeck und Nobili gefunden und näher studirt worden sind, mit Hülfe einiger Experimente. Statt Wismuth und Antimon, wie es Nobili that, verwenden nun Siemens und Halske Eisen und Neusilber zur Herstellung eines Thermoelementes und setzen die Löthstelle der zu bestimmenden Temperatur aus. Um aus dem beobachteten Ausschlage der Galvanometernadel die Temperatur in Graden der hunderttheiligen Skala zu bestimmen, müssen vorher Kontroleversuche angestellt werden, indem man z. B. die Löthstelle in siedendes Wasser und in schmelzendes Blei taucht. Bei Beobachtungen mit einem solchen Apparat ist man natürlich im Stande, das Galvanometer an einem Orte aufzustellen, der weit entfernt sein kann von der Stelle, deren Temperatur bestimmt wird. Dies ist auch in manchen anderen Fällen erwünscht; und um diesem Bedürfniß abzuhelfen, konstruirte Horace Brown ein Quecksilber-Thermometer, in dessen Röhre in bestimmten Intervallen Drähte eingeschmolzen sind, die den einen Pol einer galvanischen Batterie bilden, während der andere Pol das Quecksilber im Thermometergefäß ist. Berührt das Quecksilber bei seinem Steigen einen der eingeschmolzenen Drähte, so wird dadurch ein Strom geschlossen, der seine Wirkung an einem weit entfernten Galvanometer äußert. — Die Veränderung des Widerstandes im Leitungsdraht in Folge veränderter Erwärmung hat dem Amerikaner Langley Veranlassung gegeben, ein Instrument zu konstruiren, das noch viel empfindlicher sein soll, als der Thermomultiplikator. Der Apparat ist nach demselben Prinzip gebaut wie die Wheatstone'sche Brücke, welche in der Elektrotechnik ausgedehnte Verwendung findet. Das Wesen derselben besteht darin, daß man einen galvanischen Strom in der Weise verzweigt, daß die Theilströme je 2 Seiten und dieselbe Diagonale eines aus Drähten gebildeten Rhombus durchlaufen müssen. Da die erwähnte Diagonale somit von zwei ganz gleichen Strömen in entgegengesetzter Richtung durchlaufen wird, so giebt ein in ihr eingeschaltetes Galvanometer keinen Ausschlag. Wird aber der Widerstand in einem Drahte, welcher eine Seite des Rhombus bildet, verändert, so muß ein Ausschlag an der Nadel entstehen. Langley beobachtete nun solche Widerstands-Aenderungen, welche durch Wärmewirkungen in einem Drahte hervorgebracht werden. Sein Apparat ist natürlich zweckentsprechend angeordnet und die Resultate, die er mit demselben gewonnen, sind überraschend. So z. B. findet er, daß ein Sonnenstrahlenbüschel von 19cm Querschnitt hinreichen müßte, ein Platinblech von 19cm Fläche und 0,002mm Dicke in 1 Minute zu schmelzen, wenn — wirklich darauf fallende Wärme aufgenommen und zum Schmelzen verwendet würde, was nun eben nicht der Fall ist. — Ein Wärmemesser von Seyferth, den derselbe „Thalpotasimeter" nennt, beruht auf einem Prinzip, das vielfach in der Praxis bei Manometern und bei Bourdon's Aneroid-Barometer angewandt wird. Eine kreisförmig gebogene, dünnwandige, allseitig geschlossene Röhre verändert ihre Krümmung, wenn das Verhältniß des Drucks der eingeschlossenen Gasmenge zum äußeren sich ändert. Nun hängt die Spannung der Dämpfe nach Regnaults Untersuchungen von ihrer Temperatur ab. Aus der Krümmung einer solchen Bourdon'schen Röhre kann man demnach auf die Spannung und aus der Spannung der Dämpfe auf ihre Temperatur schließen. Verwendet man nun Dämpfe verschiedener Stoffe mit sehr verschiedenen Siedepunkten, so ist man mit passend eingerichteten Apparaten im Stande, Temperaturen von 65 Grad unter Null bis zu 760 Grad über Null zu bestimmen. — Gegen Ende der Sitzung theilte Herr Dr. Mayer noch mit, daß eine Gesellschaft, „Carne pura" genannt, es sich angelegen sein läßt, den großen Fleischreichthum der südamerikanischen Steppen, der durch Liebigs Fleischextrakt nur zum geringen Theil für den europäischen Konsum nutzbar gemacht wird, durch Herstellung eines Fleischmehles, das ebenfalls carne pura genannt wird, auszubeuten. Die Gesellschaft stellt verschiedene Fabrikate dar, von denen Proben vorgezeigt wurden. Doch scheint gegenwärtig der Preis einer allgemeinen Verbreitung dieses neuen Nahrungsmittels noch hinderlich zu sein. — Dann erwähnt Herr Koppen noch einen Apparat, der an Thüren angebracht wird und bezweckt, den Stoß abzuschwächen und unschädlich zu machen, der beim Zuwerfen der Thüren, besonders der Hausthüren, so lästig wird, und verspricht den Apparat später vorzuzeigen.

Kunst und Literatur

Theater für heute **Stadttheater:** „Die Welt, in der man sich langweilt." Lustsp. in 3 Akten.

Aufruf.

Nachdem die außergewöhnlichen Witterungsverhältnisse des verflossenen Sommers schon vor Monaten in Tirol und Italien große Wassersnoth hervorgerufen hatten, zu deren Linderung auch bei uns mildthätige Herzen und opferbereite Hände ihre Beisteuern gespendet, sind in den letzten Tagen auch die Stromgebiete des nördlichen Deutschlands von weitumfassenden Ueberschwemmungen heimgesucht worden.

Die Kunde davon ist durch die öffentlichen Blätter und die Verhandlungen des Landtages in weite Kreise gedrungen. Rhein und Mosel haben den höchsten Wasserstand des Jahrhunderts erreicht. In den von dem Unglück betroffenen Gegenden haben sich Hülfskomitee's gebildet, welche den bereits eingetretenen und bei vorschreitender Jahreszeit in größerem Maße noch zu besorgenden Nothständen thunlichst Abhilfe zu schaffen bemüht sind.

Auch dem Vaterländischen Frauen-Verein ist wiederum für die Entwickelung einer segenreichen Thätigkeit ein weites Gebiet erschlossen. Bedeutende Geldmittel aber werden nöthig sein, um dieser Thätigkeit auch den wünschenswerthen Erfolg zu sichern. Ihre Beschaffung in genügendem Maße darf von den in den unmittelbar betroffenen Gegenden bestehenden Zweigvereinen allein nicht erwartet werden.

An unsere sämmtlichen Zweigvereine ergeht deshalb die dringende Aufforderung, in ihrem Vereinsgebiete zum Besten der Nothleidenden in den überschwemmten Gegenden Sammlungen zu veranstalten und den Ertrag derselben an unsern Schatzmeister Herrn Bankier **von Krause** hierselbst, Leipzigerstraße Nr. 45, abzusenden. Unsere Bitte um Hülfe richtet sich aber auch an Alle, die, wenn sie auch unserer Vereinsgemeinschaft nicht angehören, doch für ihre leidenden Mitmenschen ein fühlendes Herz haben. Auch ihre Gaben wird Herr v. Krause in Empfang zu nehmen die Güte haben.

Berlin, den 29. November 1882.

Der Vorstand des Vaterländischen Frauen-Vereins.
Charlotte Gräfin v. Itzenplitz.

Der vorstehende Aufruf war bereits zum Druck befördert, als dem Vorstande des Vaterländischen Frauen-Vereins das nachstehende Allerhöchste Handschreiben Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin vom 28. November c. zuging.

Ich bin Zeuge von den leider noch steigenden Verheerungen, welche durch die Ueberschwemmungen des Rheins verursacht werden. Von Mannheim bis Köln werden die Spuren dieser ganz anormalen Kalamität lange fühlbar bleiben. Dorfschaften und niedere Stadttheile stehen unter Wasser, Wintervorräthe sind zerstört, anderer Schäden nicht zu gedenken. Dies ist einer jener Momente, wo die Thätigkeit der Zweigvereine sich bewähren muß, und Ich werde es für angemessen erachten, sofort darauf einzuwirken. Der Koblenzer Zweigverein ist bereits mit gutem Beispiel vorangegangen, und Ich hoffe, daß überall, wo es Noth thut, die gleiche Theilnahme sich erweisen wird.

Koblenz, den 28. November 1882

gez. **Augusta.**

An
den Vorstand des Vaterländischen Frauen-Vereins.

Vermischtes

— (Wiederholung, die Mutter der Studien.) Das ist ein alter Spruch, den Franz Liszt einmal zur Belehrung des Publikums angewendet. Er brachte in Wien die Hunyadi-Ouvertüre von Erkel zur Aufführung; sie wurde, obgleich er selbst dirigirte, ausgezischt. Grimmig schüttelte Liszt das Haupt, gab dem Orchester ein Zeichen, und die Ouvertüre begann von Neuem. Das Auditorium saß verblüfft und lauschte. Am Schluß brach plötzlich stürmischer Beifall aus, erst die Wiederholung hatte den Hörern die Schönheiten des Werkes klar gemacht.

— (Graue Haare.) **Bürgermeister** (zu einem jungen Bauern): „Wie kommt denn das, Jochen, Sie sind noch ein junger Kerl und haben schon den Kopf ganz voll grauer Haare." **Jochen:** „Ja, seihn Se, Herr Burremester, des is ok man so, ick stamme von olle Lüde ab. Min Vader un min Mudder sind ook all' grau."

— (Kleine Kinder.) „Ich lieben kleine Kinder sehr", erklärt Mister Cunningham. „Und warum? Kleine Kinder schreien ja oft so unerträglich!" „Ich lieben kleine Kinder gerade dann sehr, wann sehr schreien". „Und warum dies?" „Weil dann sie werden hinausgebracht."

Telegraphische Depeschen.

Mainz 30. November. Mit Frankfurt a. M. und Darmstadt ist ein beschränkter Eisenbahnverkehr wiederhergestellt, in Bischofsheim muß umgestiegen werden. Das Wetter ist hell und heiter.

Pest, 30. November. In einer gemeinsamen Sitzung des Oberhauses und Unterhauses fand heute die Wahl eines neuen Kronhüters an Stelle des zum ungarischen Oberst-Hofmeister ernannten Grafen Festetics statt. Von den vorgeschlagenen vier Kandidaten wurde der ehemalige gemeinsame Finanzminister von Szlavy gewählt. Derselbe legte nach eingeholter Zustimmung des Königs in der königl. Burg vor dem ganzen Reichstage den vorgeschriebenen Eid ab.

Petersburg, 30. November. Der „Regierungsanzeiger" schreibt: Der Konseil der Petersburger Universität hat beschlossen, 46 Studenten, welche theils Anstifter der Unruhen vom 22. November waren, theils an denselben den thätigsten Antheil genommen haben, unbedingt auszuschließen und nach ihrer Heimath zu senden und diejenigen an den Unruhen betheiligt gewesenen Studenten, deren Eltern in der Residenz leben, unter Polizeiaufsicht zu stellen. 23 weniger kompromittirte Studenten werden nur zeitweilig ausgeschlossen und sollen nach Ablauf einer bestimmten Zeit wieder aufgenommen werden können, wenn sie Reue zeigen und sich gut geführt haben. 13 Personen, welchen der Besuch der Vorlesungen unentgeltlich gestattet war, ist der Besuch der Universität verboten worden. 16 Studenten wurde in Anbetracht ihrer früheren guten Führung der überstandene Arrest als Strafe angerechnet. Trotzdem unter einigen Studenten sich eine Erregung bemerkbar macht, ist die Ordnung auf der Universität bisher nicht wieder gestört worden. Die Universitätsbehörde sieht auf das strengste auf Einhaltung der Ordnung, jeder Versuch, Unordnungen herbeizuführen, soll sofort unterdrückt werden. Die Schuldigen werden zur strengen Verantwortung gezogen. Die Vorlesungen werden ununterbrochen täglich fortgesetzt.

Marseille, 29. November. Heute wurden hier 7 Anarchisten, meist Italiener, bei welchen kompromittirende Papiere vorgefunden wurden, verhaftet. Außer diesen Papieren wurde in der Wohnung eines derselben ein Stempel mit der Inschrift „Circolo rivoluzionario Marsiglia" gefunden.

Bukarest, 29. November. Rosetti hat telegraphisch von Paris aus seine Demission als Deputirter und Präsident der Kammer erneuert und dieselbe durch Meinungsdifferenzen mit der Majorität motivirt.

Konstantinopel, 30. November. Die ausschließlich aus Tscherkessen bestehende berittene kaiserliche Leibgarde ist verabschiedet worden, sämmtliche dazu gehörige Mannschaften wurden nach Trapezunt eingeschifft, von wo sie in ihre Heimath befördert werden sollen.